

# Bräuer-Beitrag.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Bräuer und verwandter Berufsgenossen.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1.50 Mark, für das Ausland 2 Mark, pro Quartal. — Inserate die fünfgespaltene Petitzeile 20 Pfg. Redaktion: R. Wiedle, Linden-Gannover.

Sämmtliche Briefe sowie Geldsendungen sind zu adressiren: R. Wiedle, Linden-Gannover, Falkenstr. 18. Postzeitungsliste: Nr. 1152.

Nr. 48.

Hannover, den 1. Dezember 1894.

4. Jahrgang.

## Kollegen, vergeßt der Opfer des 16. Mai nicht! 180 Kollegen sind noch zu unterstützen. Hoch die Solidarität!

### Wie Lügenpeter beichten!

Der Gewaltakt der Berliner Ringbräuer gegen unsere Organisation, der brutale Schlag gegen die Bestrebungen und gesetzlich gewährtesten Rechte der deutschen Arbeiterschaft, war ein kräftiger Schlag ins Wasser. Da aber das Wasser bekanntlich naß macht, so war es auch vorausichtlich die logische Folge, daß die Berliner Aussperrter und ihre Helfershelfer durch die Metamorphose, welche der Boykott bewirkte, heute sämtlich begoffenen Pudeln gleichen. Was wurde nicht alles zusammengelogen! Nachdem der Boykott in den ersten neun Volksversammlungen beschlossen und in den zwölf nachfolgenden verschärft war, und seitdem in den allwöchentlich veröffentlichten Listen über 2500 Geschäftsleute erklärten, daß sie nur boykottfreies Bier ausshänken, bemühten sich trotz alledem die Aussperrter und ihre Soldateneckel von der bürgerlichen Presse, auf menschenmöglichste die Deffentlichkeit von der Wirkungslosigkeit des Boykotts zu überzeugen. Trotz des Boykotts, so lang es durch ihre Berichte in allen Tonarten, steigen die Aktien. Die Biergärten der boykottirten Brauereien waren fast täglich überfüllt, ihre Brauerei-Ausshänke, waren vollgepfropft von Proletariern, welche die edle Dividendenjauche unmöglich meiden konnten, und während für die hiergetreuen Saalverweigerer die Millionenbeutel majestätisch am Ringbierhimmel emporstiegen, um bei der ersten besten Gelegenheit gnadejpehend herabzufallen, mußte der Boykott versumpfen, sich sogar in das Gegenteil verwandeln, denn öde und leer standen die Lokale mit ringfreiem Bier. Wußte doch die „Nürnberger Lügenmeße“ ganz bestimmt zu berichten, daß unser Kollege Hilpert in seinem Lokale am Sonntagnachmittag, wo sonst gewöhnlich alles überfüllt war, mit seinem einzigen Gaste Billard spielen mußte, um sich die Zeit zu vertreiben und dergleichen mehr, was noch alles zur Unterdrückung der Ausgesperrten von diesen bezahlten Lügentrabanten des Bierlings geleistet wurde. „Ob der Boykott wirkt“, so schrieb der „Vorwärts“ beim Beginn des Kampfes treffend, „ist dieselbe Frage, als ob der Regen naß macht.“ Mit dem Ableugnen von der Wirkung des Boykotts kamen also unsere Aussperrter mit ihrer Clique aus dem Regen in die Traufe, und so bleibt diesen begoffenen Pudeln heute, bei dem Temperaturwechsel in der Dividendenatmosphäre und bei dem unheimlich schnellen Fallen des Aktienthermometers, nichts anderes übrig, als zähneknirschend zu beichten: „Der Boykott muß ja wirken!“

Warum aber auf einmal? — Der Verein der Berliner Weißbierwirthe und der Verband der ur-urteutschen Gastwirthe läßt gegenwärtig eine Petitionsliste zirkuliren, in welcher man allerunterthänigst den hohen Reichstag darum bittet, einen Gesetzesparagrafen zu bewilligen, welcher den Boykott, der für Hunderte von Existenzen im Gastwirthsgewerbe den Ruin herbeigeführt, reichsgesetzlich verbietet. Diesem Antiboykottprotest soll sich, wie man hört, auch die von der Dresdener Militärbehörde boykottirte Bierbundschaft der Waldschlößchen-Brauerei anschließen haben, um mit einem Male all den frivolen Existenzvernichtern ihr umstürzlerisches Handwerk zu legen. So wird dann der Bierboykott knall und fall von der Bildfläche verschwinden, im Namen des Gesetzes. Vorläufig besteht er aber noch und nach den Jahresabschlüssen, in welche uns die Herren Brauereiaktionäre auch einen kleinen Einblick gestatten, scheint er auch noch zu wirken!

Wir greifen das für uns Wesentlichste aus den Berichten heraus.

„Die Bilanz der Norddeutschen Brauerei-Aktiengesellschaft für das verlossene Geschäftsjahr gestattet leider nicht, eine Dividende zur Vertheilung zu bringen.“ Im vorigen Jahr konnten 3 Proz. gezahlt werden. Bei einem Kapital von 3 Millionen Mark ergibt dies einen Verlust von 90 000 Mark.

Die Brauerei Friedrichshain ist ebenfalls nicht in der Lage, für das laufende Geschäftsjahr eine Dividende zu vertheilen. Der Ausfall beträgt hier, da im vorigen Jahr 2 1/2 Proz. auf ein Aktienkapital von 1 950 000 Mark zur Auszahlung kamen, 43 750 Mark.

Die Spandauer Berg-Brauerei vormalig C. Beckmann senkt:

„Auch Geschäftsbericht hat sich der Abschluß pro 1893/94 durch verschiedene Ursachen ungünstiger gestellt, als bei Ab-

fassung des vorjährigen Berichtes zu erwarten war, und zwar ist das Extr. nicht theils durch erhöhte Preise der Rohmaterialien, theils durch verminderten Absatz (— 10498 To.) derart beeinflusst worden, daß bei gleichen Abschreibungen die Vertheilung von nur 5 Proz. Dividende in Vorschlag gebracht werden kann.“

Aus dem Bericht über die am Montag Abend abgehaltene Generalversammlung der Berliner Unionsbrauerei entnehmen wir folgende Quittung:

„Bezüglich des Boykotts interpellirt, erklärte der Vorsitzende, daß derselbe wie bei allen in Mitleidenschaft gezogenen Brauereien nicht ohne Einfluß gewesen wäre. Der Absatz habe sich vom Oktober vorigen Jahres bis zum April dieses Jahres recht günstig gestaltet und sei bis zu diesem Termin ein nicht unbedeutendes Plus gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres erzielt worden; dann seien der Boykott und zugleich die schlechten Witterungsverhältnisse gekommen und es sei nicht zu verkennen, daß bei der großen Sommerkundschaft der Gesellschaft das Wetter (!) einen ausschlaggebenden Einfluß auf den Absatz ausgeübt habe. Diesen Ursachen müsse es zugeschrieben werden, daß sich am Schlusse des Jahres ein Minderabgang von circa 2000 Hektolitern ergeben habe.“ Wenig verschlagen dürfte der zum Schluß gegebene vage Trost: „Sämmtliche Maßnahmen des Vorstandes in Bezug auf den Boykott seien ununterbrochen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrath erfolgt.“

Die Aktienbrauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe vormalig Pagenhofer giebt ihre Boykottschmerzen in dem dieser Tage erschienenen Geschäftsbericht folgendermaßen kund:

„Mit dem abgeschlossenen Geschäftsjahre liegt eine Betriebsperiode hinter uns, welche wie wenige vorher unter dem Bann äußerst mißlicher Verhältnisse stand. Verschiedene Ursachen, der am 16. Mai ausgebrochene Streit mit den Arbeitern, die ungünstige Witterung während der Monate des lebhaftesten Bierkonsums, auch wohl die allgemeine Depression, welche auf dem geschäftlichen Verkehr lastet, haben zusammengewirkt, das Erträgnis zu beeinflussen und dem Bierabsatz, welcher sich in den ersten sieben Monaten dem Vorjahr gegenüber erheblich gesteigert hatte, wieder Abbruch zu thun. Wir produzierten 144 749 Hektoliter, wir verkauften 143 304 Hektoliter.“ . . . „Die Preise für Hopfen und Gerste sind im neuen Jahre niedriger, und wir würden mit frohesten Erwartungen in das neue Jahr eintreten, wenn der Streit mit den Arbeitern nicht noch fort-dauerte und der über fast sämtliche Brauereien Berlins verhängte Bierverruß nicht jeder gedeihlichen Entwicklung im Wege stände. Wir bedauern diesen Zustand lebhaft, jedoch glaubten wir im Interesse der Disziplin und der ordnungsmäßigen Weiterführung des Betriebes unberechtigte Forderungen zurückweisen zu müssen.“

Ganz wie es der Pagenhofer Brauerei beliebt, fügen wir hinzu. Sie, wie der ganze Ring kann den Frieden haben, und wenn sie sich auf die elende und von uns zu Duzenden Malen auf ihre Haltlosigkeit zurückgeführte Phrase von der „Disziplin“ und der „ordnungsmäßigen Weiterführung der Geschäfte“ stützt, so will die Arbeiterschaft, die es aushalten kann, sie an diesem kostspieligen Vergnügen nicht hindern.

Denn verteuert theuer sind auch der gutfundirten Pagenhofer-Brauerei die Folgen der freien Doppeldeimung zu stehen gekommen. Der Reingewinn, der sich im vorigen Jahre auf 516 250 Mark belief, stellt sich diesmal auf 91 008 Mark, also um etwa 18 Proz. geringer dar. Statt der 16 Proz. im vorigen Jahre kommen für das letzte Geschäftsjahr „nur“ 13 Proz. zur Vertheilung. Neuestens unangenehm ist es dabei natürlich, daß auch die Lantime der Direktoren von 54 781 Mark auf 45 245 Mark geschmälert worden ist.

Sehr sauer kommt auch der Schultheiß-Brauerei der Boykott an. Man höre u. a. noch folgende Mittheilungen, die der Vorstand der leitenden Ringbrauerei in der letzten Generalversammlung gegeben hat: „Es war im neuen Jahre im September ein Minderabgang von 4270 Hektolitern (im Preise von 106 750 Mark), im Oktober ein solcher von 4637 Hektolitern (im Preise von 115 925 Mark) und im November bis in die ersten Tage des Monats ein solcher von 500 Hektolitern (im Preise von 12 500 Mark) zu verzeichnen. Der Vorstand tröstete die Aktionäre damit, daß dieser Verlust nicht ausschließlich (!) auf den Boykott,

sondern theils auch auf die ungünstige Witterung und auf die Erwerbsverhältnisse zurückzuführen sei!“

Bemerkte sei noch, daß eingedenk des Bibelworts: „Getheilte Schmerz ist halber Schmerz“, auch der Vorstand der Schultheiß-Brauerei so gnädig war, einen Theil des Boykottjammers zu tragen. Die Lantime des Vorstandes, die im vorigen Jahre 99 000 Mark betrug, wurde für dies Geschäftsjahr auf 75 000 Mark reduziert. Ein theures Vergnügen. Nicht wahr, Herr Köfide? —

Eine etwas komplizierte Beichte bringt das Sprachrohr dieser Biergewaltigen, der Nürnberger Bierprozentrichter, indem es gleich dem Zukunftsstaatler Eugen und anderen Soldateneckeln unserer Bierdespoten folgendermaßen heulmeiert: „Daß die von den Sozialdemokraten boykottirten Brauereien die Folge davon an ihrem Absatze merken würden, das ist von ihnen niemals bestritten, sondern vielmehr für ganz selbstverständlich gehalten worden.“ (Das Lügen ist diesen Geschöpfen angeboren.) Wenn Zehntausende von Arbeitern das „Ringbier“ in Acht und Bann thun, so kann eben die Wirkung einer Verringerung des Absatzes der Ringbrauereien nicht ausbleiben (sic!). „Wirkungslos“ ist und bleibt der Boykott gleichwohl, weil — u. s. w. Nun, weil diese unverbesserlichen Lügenpeter das Lügen auch beim Beichten nicht lassen können. Jedoch vorläufig ertheilen wir für das bisher zusammengelogene die Absolutio, und die Arbeiterschaft steckt schmunzelnd die Quittungen für ihr pflichterfülltes Wirken ein und verpflichtet, auch ferner den Boykott mit gleicher Schärfe weiterzuführen, bis sich die Herren Bierkönige zu einem ehrenvollen Frieden bereit finden.

Liberté.

### Der Berliner Bierboykott und seine Wirkungen.

Auch von unseren Kollegen wird hier und da die Frage aufgeworfen: „Was ist es denn eigentlich mit dem Boykott in Berlin, da man von demselben nur höchst selten noch etwas hört?“ Diese Kollegen mögen sich trösten. Der Berliner Bierboykott wird, seitdem die Verhandlungen wegen Beendigung desselben an den unmenhlichen und unverschämten Forderungen des Ringes, wodurch 33 unserer Kollegen für alle Zeit geächtet und dauernd dem Elende und dem Hunger überliefert werden sollten, gescheitert sind, in einer Weise durchgeführt, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Die Hoffnung unserer Gegner, daß dieser Boykott über kurz oder lang versumpfen werde, wird an der Solidarität der Berliner Arbeiter zu Schanden werden. Aber auch der Generalaussperrter Köfide denkt noch nicht daran, den Kampf zu beenden. Denn, obwohl die Schultheiß-Brauerei in den Monaten September und Oktober mehr denn 9000 Hektoliter Bier weniger ausgekostet hat, so wurde doch in der jüngst stattgehabten Generalversammlung des Aufsichtsrathes das Aktienkapital von 2 180 000 Mark auf 6 000 000 Mark erhöht, und Köfide kann nun weitere Millionen verpußern, wovon er den ausgiebigsten Gebrauch zu machen gedenkt.

Bei dieser Gelegenheit wurde aber auch zugleich ausgeplaudert, wer die Urheber dieser Aussperrung waren, und daß dieser Boykott von den Brauereien mit voller Absicht provoziert worden ist. Herr Geheimrath Herz, der Vorsitzende des Aufsichtsrathes der Aktiengesellschaft Schultheiß-Brauerei, selbst hat es verrathen. Bei der genannten Generalversammlung brachte „Bullmann“ selbstredend auch den Boykott zur Sprache und erklärte, „daß es zweifellos (!) sei, daß dieser Boykott der Brauerei großen Schaden verursacht habe, der aber habe durchgefochten werden müssen.“ Und dann machte der Herr Vorsitzende das Geständniß: „daß vor dem Eintritt in den Kampf das Botum des Aufsichtsrathes eingeholt sei; daß aber der Aufsichtsrath einstimmig beschlossen habe, dem Vorhaben des Vorstandes zuzustimmen, da man die Ueberzeugung gewonnen, daß der Kampf vielleicht aufzuheben, aber für die Dauer nicht zu vermeiden sei.“ Obwohl es für uns, wie für die Berliner Arbeiterschaft, schon längst klar war, daß der Streit durch den Uebermuth des Ringes vom Zaune gebrochen wurde, so erscheint es uns doch, angefichts eines derartigen Geständnisses, geradezu unerhört, wie es diese Herren auch noch wagen konnten, den Arbeitern zuzumuthen, 33 der Ihrigen, die



weiter nichts gethan hatten, als daß sie sich organisierten, auf der Strecke zu lassen. Wir wußten freilich auch, um was es sich dabei handelte: Unserer Organisation galt der Kampf, sie sollte zerstört, ihr sollte von Berlin aus der Todesstoß versetzt werden. Das war der einzige Grund, warum diese „Menschenfreunde“ Hunderte von Arbeitern in das größte Unglück stürzten, und Tausende von Existenzen schädigten und vernichteten. Nun, heute werden sie bereits eingesehen haben, daß ihre Liebesmühe eine vergebliche gewesen, und wenn die Herren Köfide und Konsorten auch noch Millionen daransetzen und wenn sich Eugen Richter und sein Troß die Finger wund schreiben, so werden sie ihren Zweck doch nun und nimmer erreichen. Und jetzt, nachdem es offenkundig ist, daß nicht die Arbeiter den Ring, sondern dieser den Arbeitern den Kampf aufgedrungen hat, erst recht nicht. „Der Kampf wäre früher oder später doch unvermeidlich gewesen“, behaupteten die Herren Aufsichtsräte. Ja, aber warum denn? Freilich die Arbeiter, unsere Kollegen, hatten es ja gewagt, sich als Menschen zu fühlen, sie hatten es auch gewagt, menschliche Rechte zu beanspruchen, und sie hatten diesen ihren Gefühlen durch die Organisation Nachdruck zu verleihen versucht. Gewiß sind das in den Augen des deutschen, mit Blindheit geschlagenen, Unternehmertums Verbrechen, die schrecklich geahnt werden müssen, schrecklicher als Mord und Diebstahl. Und so hatten sich denn diese „bescheidenen“ Herren „nur“ 33 Opfer zur Stillung ihres unauslöschlichen Hasses und zur Befriedigung ihrer Rache, die sie an den Arbeitern nehmen wollten, ausgesucht. Ein Schrei der Empörung und der Entrüstung ob einer derartigen Zumuthung ging durch die Arbeiterreihen ganz Deutschlands. „Niemand, niemals dürfen dieser frechen Berliner Brauersippe solche Opfer gebracht werden“, diese Worte schwebten auf den Lippen aller rechtlich denkenden und menschlich jühlenden Arbeiter. Und so wurde es allenthalben mit Freuden begrüßt, daß der Kampf weiter geführt werden sollte, und die Solidarität der Berliner Arbeiter bürgt uns dafür, daß sie nicht eher Frieden schließen werden, bis sie einen ehrlichen Frieden schließen können. Und welche schmachvolle Rolle haben die Vertreter der bürgerlichen Presse von Anfang des Boykotts bis heute in diesem Kampfe gespielt! Und wie erbärmlich und feige hat sich jene Gesellschaft benommen, die sich erdreistet, sich als Hüterin und Wächterin des „Brauerstandes“ anzukündigen! Von Anfang an hat man es so hingestellt, als ob die „humanen“ Köfide nur ungern und aus Nothwehr gegen die frechen Uebergriffe, die sich die Arbeiter aus Anlaß des ersten Mai zu schulden kommen ließen, gehandelt hätten. Sie seien von der Freiheit der Arbeiter völlig überrannt, erklärten die Herren am 17. Mai, und diese Erklärungen fanden in der ganzen bürgerlichen Presse den freudigsten Widerhall. Und jetzt weiß man, daß der Generalausperrerr Köfide die Generalvollmacht des Aufsichtsrats bereits in der Tasche hatte, als er sein Liebeswerk, durch das er sich in den Herzen der Arbeiter ein ewiges Denkmal gesetzt hat, begann. Der Name Köfide wird in der Brauerwelt unvergessen bleiben. Und als dann jene „berühmte“ Unterhandlung stattgefunden hatte, in welcher die Namen der 33, der Aussperrungswuth gezeigten Kollegen bekannt gegeben wurden, da konnte es jene feile Presse gar nicht begreifen, daß man sich wegen dieser 33 noch aufrege und nicht die Hand fülle, die abermals die Arbeiter in freventlichem Uebermuth züchtigen wollte. Die ganze Feigheit, Verlogenheit und Verlotterung der heutigen Gesellschaft und ihrer Presse hat sich bei dieser Gelegenheit in einer Art und Weise gezeigt, die nur Verachtung und Ekel hervorrufen kann. Und erst der „Gesellenbund“, dieses Jammer- und Schmaroger-Gewächs, dessen Verdienste erst die kommende Generation richtig zu würdigen verstehen wird. Köfide und Genossen handelten doch wenigstens im kapitalistischen Interesse, sie handelten im Interesse ihrer Klasse, sie waren geblendet von der Macht des Geldes, und in ihrer maßlosen Wuth gegen die Arbeiter waren sie theilweise auch unzurechnungsfähig. Aber alles das kann nicht zur Entschuldigung der „Geschöpfe“ angeführt werden, die ihre Kollegen verrathen und ihnen heute in den Rücken gefallen sind, der „Geschöpfe“, die sich heute ihrer Schändlichkeit noch rühmen und glauben, wunder was für „Heldenthaten“ verübt zu haben. Köfide und Konsorten werden früher oder später zur Bestimmung gebracht: sie werden die Folgen des Boykotts noch lange, lange zu veripüren bekommen. Und dadurch wird und muß der Frevel, den sie an den Arbeitern bezangen haben, wenigstens theilweise gesühnt werden. Aber für das, was jene „Geschöpfe“ gethan, gethan an ihren Arbeitsbrüdern, an ihren Kollegen, dafür giebt es keine Sühne. Ein unauslöschlicher Schandfleck wird für allezeit die Brauerbewegung in Berlin und Braunschweig im Jahre 1894 in der Geschichte der deutschen Brauerwelt bleiben. Ein Schandblatt, vollgeschrieben von den Thaten derer, die sich heute anmaßen, die „Hüter“ und „Hüter“ dieses Standes zu sein. Später erst wird sich die ganze Schändlichkeit dieser Clique beurtheilen lassen, später, wenn man schon lange über sie zur Tagesordnung übergegangen sein wird. Und erst die, dieser Gesellschaft zur Verfügung stehende Presse. Die heutige kapitalistische Presse ist verlogen und verlottert, aber ein Blatt wie diese „Bundeszeitung“ wird man unter ihr doch vergebens suchen. Wahrlich, sie sind einander werth, die „Gesellen“ und ihre „Zeitung“. Hier hat sich gleich und gleich in schönster Harmonie zusammengefunden. Es sind die richtigen Arbeiterzeitungen. Wie jubelt dieses Blatt, für das die deutsche Sprache keinen Namen hat, wenn ein Kollege in Folge seiner Thätigkeit gemahnt wird! Wer denkt nicht an die verworrenen „Vorschläge“, alle Verbandskollegen zu entlassen! Und in ihrer letzten Nummer kündigt diese „Zeitung“ durch ihren iactant bekannten „Digi“, jenen Mann, der schon soviel Unheil über die deutschen Brauer gebracht hat und noch bringen wird, bereits an, daß die „Presidenz der Arbeiter im Part der Waidhühnerbrauerei“ den 1. Mai schwerlich mehr feiern wird. Dieser

Mensch wünscht also, daß die Arbeiterschaft durch Ausnahmegerichte so geknebelt und zu Boden geworfen werde, daß ihr jeder politische Lump ungestraft Fußtritte versetzen könne. Möge sich „Digi“ trösten, denn gerade in Sachsen, wo wahrhaftig das arbeitende Volk sich nicht zu rühmen braucht, Ueberfluß an „Freiheit“ zu besitzen, in Sachsen, wo ja angeblich auch der verückte „Stierwirth“ seine sozialisten-töbterische Thätigkeit entfaltet, ist die Arbeiterpartei trotz der dortigen „Freiheit“, oder vielleicht gerade wegen dieser, die stärkste in ganz Deutschland. Es wird eine Zeit kommen, in der man weder an einen „Digi“, noch an die „Gesellen“ mehr denkt, und die Arbeiter werden doch Feste feiern, gerade so gut, als wir den Sieg der Berliner Arbeiterschaft über den Ring noch feiern werden. Siege aber haben uns diese Kämpfe trotz „Digi“ und trotz der „Gesellen“ gebracht. Wir hätten heute weder die Erfolge von München, noch von Frankfurt, noch von verschiedenen anderen Städten aufzuweisen, wenn der Boykott in Berlin keine so „vorzügliche Wirkung verursacht hätte“. Und die Kollegen in allen Gauen Deutschlands wissen, daß, wenn es irgendwo besser geworden ist, sie es einzig und allein dem Bestehen und der Thätigkeit des Verbandes zu verdanken haben. Daran werden alle jesuitischen Kniffe der „Gesellen“ und ihrer „Presse“ nichts ändern.

Joh. Schmidt.

## Ein Beispiel.

Aus dem uns vorliegenden Berichte der Aktiengesellschaft „Brauhaus Nürnberg, vormalig Brennter, vormalig Siebel“ ist unter Anderem zu ersehen, daß im abgelassenen Geschäftsjahre sich der Bierabsatz von 63 340 Hektoliter auf 66 315 hob. Der Bruttogewinn ist 181 749 Mk. Nach Abzug verschiedener Abschreibungen verbleiben 126 614 Mk. netto, für welche folgende Verwendung vorgeschlagen wird: die „armen“ Aktionäre erhalten für die „schwerliche Arbeit“ des Couponabschneidens 72 000 Mk., oder eine Dividende von 4 Prozent; 5350 Mk. werden für den Reservefonds überwiesen; 5966 Mk. für Lant-damen; 35 000 Mk. für die Spezialreserve; 1700 Mk. für Gratifikationen für das Personal; 1000 Mk. für Zuzahlung an die Gebühren-Äquivalent-Kasse, und 4597 Mk. werden auf neue Anleihe übertragen. Die Reserven erhöhen sich auf 185 444 Mk. = 10,3 Prozent des Aktienkapitals. Der Bericht erwähnt auch, daß die Löhne der Braugehilfen um 5000 Mk. erhöht wurden. Ferner, daß die der Brauerei gehörenden Wirtschaftskassen mit 562 856 Mk. zu Buch stehen, der Bierabsatz ist mit 208 604 Mk. ausgeführt, und das Aktienkapital beträgt 1 800 000 Mk.

In diesem Berichte sind unfruchtbar die Aufwendungen für die Arbeiter das Interessanteste. 1700 Mk. bleiben von 181 749 Mk. für die Arbeiter an „Gratifikationen“ übrig, während die Aktionäre für ihr Nichtstun 72 000 Mk. erhalten. Wenn man dann bedenkt, daß für diese Herren noch extra 185 444 Mk. „erpartes“ Geld im Spinde liegen, und für Lant-damen 5966 Mk. vorgesehen sind, die auch nur unter einige wenige Nichtsther vertheilt werden, so muß diese „Summe“ von 1700 Mk. als eine geradezu lächerliche bezeichnet werden, und wenn sich die circa hundert Arbeiter, die in diesem „Aktienunternehmen“ beschäftigt sind, darinnen theilen, so wird sicher keiner von ihnen „fett“ werden. Aber wir fürchten, daß bei weitem an und für sich der Mund sauber bleiben wird, und daß es auch hier nur einige sind, die „Gnade“ vor den Augen der Herren finden. Wenn dann ferner im Berichte erwähnt wird, daß die Löhne der Braugehilfen um über 5000 Mk. erhöht wurden, so möchten wir nur wissen, welche Braugehilfen eigentlich diese „Erhöhung“ erhielten. Uns ist von einer solchen durch Herrn Direktor Siebel nichts bekannt. Der Minimallohn ist heute noch, wie vor drei Jahren, den „Prinzipien“ des Herrn Direktors „entsprechend“, 80 Mk. Eigenhändig ist es, daß in allen derartigen Berichten angegeben vergessen wird, wie hoch die das Jahr hindurch bezahlten Arbeitslöhne sind. Welche erschreckende Summen sind dagegen in Wirtschaften angelegt. 562 856 Mk. weist dieser Posten auf. Auch im vergangenen Jahre wurde wieder ein Anwesen um 135 746 Mk. gekauft. Wenn man bedenkt, wie viele Menschen sich das ganze Jahr hindurch abrackern müssen, nur um die Zinsen für diese Summen aufzubringen, und wie viele von Jahr zu Jahr mehr von den Brauereigewaltigen abhängig werden, so muß doch jeder Mensch, der mit etwas Verstand begabt ist, einsehen, daß hier gesündere Zustände und eine gesunde Entwicklung aufgehört haben, zu existieren. Aber geradezu unbegreiflich ist es, wie man angesichts solcher klarer Thatsachen, solcher an den Tag gelegten „Arbeiterfreundlichkeit“ und väterlicher „Arbeiterfürsorge“, wie sie uns doch hier unfruchtbar vor Augen geführt wird, noch wagen kann, von Unzufriedenheit der Arbeiter und von dem Haß, der bei diesen durch die herabwürdigen, gewissenlosen Heber und Aufwiegler, die an die niedrigsten Instanzen der Menschen appellieren, erregt werden, zu sprechen. Wahrlich, wenn etwas geeignet ist, den Arbeitern die Augen zu öffnen, dann sind es derartige Berichte. Man beachte nur diese Arbeitergratifikation und diese Löhne, die kaum in gesunden Tagen und bei ununterbrochener Arbeit zum nothwendigsten Lebensunterhalt ausreichen, und das Unternehmertum mit seinen niedrigen Zinssätzen der Habgucht, dieses Unternehmertums, das nun und nimmermehr zu befriedigen ist und von Jahr zu Jahr immer größere Kapitalien anhäuft. Und hier liegt die Gefahr und die Quelle alles Unheils. Solange die Ausbeutung so schamlos und skandallos betrieben werden darf, wie heute, solange der Mensch, der arbeitet, nichts, und Derjenige der nichts thut, alles bekommt, solange wird die Unzufriedenheit trotz aller Ausnahme-Maßregeln nicht aufhören. Aber das glaubt die heutige Gesellschaft nicht. Die Kollegen aber können auch an dem angeführten Beispiel wieder sehen, wer theilt und wie man theilt.

Joh. Schmidt.

Wie wir schon erfahren, wurden die Kollegen bei Siebel seit 1. Oktober d. J. um 5 Mk. pro Marx und

Monat aufgebessert. Also sind die 5000 Mk., die im vergangenen Jahre bereits für höhere Arbeitslöhne aufgewendet sein sollen, eitel Klunker.

## Die Arbeiter und die Aerzte.

Seit die Verantwortlichkeit der Unternehmer für Betriebsunfälle ihrer Arbeiter gesetzlich statuiert wurde, werden jene und ihre zahlreichen Organe aller Art nicht müde, den Arbeitern die niedrigste Spekulation in Gestalt abfälliger oder fabelhafter Körperverletzung oder auch Simulation vorzuwerfen? Es soll ohne Weiteres zugegeben sein, daß, wie die Erfahrung thatsächlich lehrt, solche bedauerliche Fälle vorkommen; allein es muß zugleich betont werden, daß sie Ausnahmen bilden und als solche die Regel bestreiten, d. h. die Arbeiterschaft ehrenhaft erscheinen lassen. Auf jene Einzelfälle sollte sich auch die Unternehmerrückblick beschränken und zwar um so mehr, als man bei genauer Untersuchung und allgemeiner Kenntniß der Verhältnisse den vereinzelten Arbeiterverirrungen zweifellos zahlreichere Fälle von Unternehmer-Verirrungen entgegenstellen könnte. Oder ist es nicht auch eine Simulation, ein Betrug, wenn in sehr vielen Fällen die Unternehmer als Ursachen der Unfälle ohne weiteres „Selbstverschulden des Arbeiters“ angeben und amtliche Organe dann das Gegenteil feststellen?

Uns dünkt, daß in der Gewerkschaftspresse den Unfallverhütungs-Vorkehrungen resp. den schlechten gesundheits- und lebensgefährlichen Zuständen und Einrichtungen in Fabriken und Werkstätten, der Erlebigung von Unfällen resp. Unfallansprüchen und den Kämpfen der Unternehmer und der Arbeiter gegen die Arbeiter zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die in den Berufsgenossenschaften für Unfallversicherung den Unternehmern gegebene organisatorische Macht wird vielfach als Kampfmittel gegen die Arbeiter und ihre Mündigkeits- (Selbstmündigkeits-) Bestrebungen benutzt, man sucht damit die Arbeiter zu unterbilden und nicht selten werden auch ungerechter Weise ihre Entschädigungs- resp. Rentenansprüche zu niedrig bemessen oder auch ganz verweigert.

Seit Jahren sind die Berufsgenossenschaften am Werke, besondere Heilanstalten für die Unfallverletzten zu errichten, die uns fast als mediko-chirurgische Treibhäuser erscheinen. Unseres Erachtens ist es ohne Zweifel für die Unfallverletzten besser, sie erhalten durch eine zweckmäßige Behandlung ihre frühere Arbeitsfähigkeit wieder oder die Arbeitsunfähigkeit wird auf einen möglichst geringen Grad herabgemindert. Die Gesundheit ist und bleibt das höchste Gut des Menschen, für das auch eine Unfallrente keinen genügenden Ersatz bietet. Allein die Berufsgenossenschaften scheinen mit den Heilanstalten den Hauptzweck zu verfolgen, auf fast gewaltthätige Weise die Kosten der Unfallversicherung recht gering zu gestalten und die Unfallentschädigungen an schwerste Bedingungen zu knüpfen. Und die Aerzte, meist aus den bestgehenden Klassen hervorgegangen und mit ihren Vorurtheilen gegen die Arbeiterklasse erfüllt, bemühen sich, liebevoll auf die Absichten der Berufsgenossenschaften in jeder Beziehung einzugehen.

Die erste berufsgenossenschaftliche Heilanstalt wurde vor drei Jahren in Bonn errichtet. Ueber ihre Einrichtung und Wirksamkeit wird folgendes berichtet: Die Anstalt, aus kleinen Anfängen entstanden, hat sich schnell vergrößert, ein Zeichen dafür, daß die Berufsgenossenschaften bald den Segen des eigenen Handelns erkannten. Das Krankentmaterial, welches die Berufsgenossenschaften liefern, ist ein durchaus von anderen Kranken verschiedenes. Wirrlich, widersprüchlich, undankbar, wird es in anderen Krankenhäusern ungern gesehen. Ein Oberarzt nach dem anderen weigerte sich, solche Kranke, namentlich die älteren, nur zur Beobachtung in das Krankenhaus zu senden, zu übernehmen. So entstand der Versuch, das damals kleine Krankenhaus der barmherzigen Brüder zu Bonn zu einer solchen Krankenanstalt umzuwandeln. Es bot die vollständigste Unabhängigkeit und gestattete, Aerzte aller Spezialitäten zur Behandlung heranzuziehen.

Während im Anfang die Thätigkeit für die Aerzte keine angenehme war, weil zunächst nur die älteren und ältesten Fälle zur Beobachtung kamen, gestalteten sich nach und nach der Verkehr mit den Kranken freundlicher. Die Frequenz der wirklich überführten Simulanten, welche im Beginn nahe an 5 Prozent betrug, ist auf 1 bis 2 Prozent gesunken, obwohl gerade diesem Krankenhaus das schwierigste Material überwiesen wird.

Außer dem Leiter, Professor Dr. Wigel in Bonn, wirkt als Nervenarzt Professor Dr. Fuchs. Neben dieser beiden arbeiten aber noch eine Reihe von anderen Spezialisten für Augen, Ohren, diätetische Kuren und eine große Anzahl von Assistentenärzten.

Bei den Operationen wird auf die zukünftige Brauchbarkeit des verletzten Gliedes die größte Rücksicht genommen und behufs Herstellung desselben theils weniger, theils mehr konservativ verfahren, als es sonst üblich ist. Die Knochenbrüche werden mit Verbänden, welche die Bewegungen der verletzten Glieder erlauben, behandelt. Die Nachbehandlung ist hierbei eine außerordentlich kurze. Manche Knochenbrüche, z. B. der typische Bruch der Speiche dicht über dem Handgelenke, heilen ohne jeden Verband.

Die mediko-mechanische Behandlung geschieht am besten durch die Hand des Arztes allein. Keine Maschine ist im Stande, diese zu ersetzen. Wo Apparate benutzt werden, ist bei B. der Krückenbergische Pendelapparat im Gebrauch und hat sich sehr bewährt. Die einfachsten Apparate sind die besten.

Zur Beseitigung von örtlichen Schmerzen wird mit gutem Erfolge die Erschütterungsmassage angewandt. Hierfür ist die Ewerische Maschine eingeführt.

Auch die Bäderbehandlung mit Begießungen, Douchen und Einpackungen leistet neben dem Dampf- und Moorbad Gutes.

Der Erfolg aller dieser Behandlungen ist nur ein mäßiger, wenn nicht unter der gewissenhaften Aufsicht des



Arztes ein zweckentsprechender Wechsel zur geeigneten Zeit eintritt.

Die immerwährende Aufsicht durch zahlreiche Aerzte läßt auch ein schätzenswerthes Material für die spätere Begutachtung der erwerbsbeschränkenden Rückstände gewinnen. In der Regel werden gute Resultate gewonnen, manchmal scheitert aber Alles an der Mangelhaftigkeit des guten Willens des Verletzten.

Merkwürdig berührt es, daß der Widerwille der Arbeiter gegen die nützliche Beschäftigung — zum eigenen Nutzen derselben — also die auch von anderer Seite oft empfohlene Beschäftigung der Verletzten mit Arbeit ein sehr großer bleibt. Zu hoffen ist, daß es auch in diesem Punkte dem unermüdblichen Eifer W.'s gelingt, hier Wandel zu schaffen.

Der erwähnte „Widerwille“ ist für uns durchaus nicht merkwürdig. Wenn der vielleicht ganz gegen seinen Willen von der Berufsgenossenschaft und ihrem Arzt nach Bonn kommandirte verletzte Arbeiter, ein Tischler, Schlosser, Dreher, Tischler u., in der Heilanstalt Hausarbeiten oder weibliche hauswirthschaftliche Arbeiten u. verrichten soll, so ist dies keineswegs Erachtens eben eine sehr starke, über das zulässige Maß hinausgehende Zumuthung, die der Arbeiter mit Recht ablehnt.

Verflorenen Sommer hat die Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft eine Heilanstalt in Neu-Nahsdorf bei Berlin errichtet, deren feierlicher Eröffnung auch der Minister v. Bötticher beiwohnte. Ueber die Einrichtung dieser Anstalt und ihre Aufgabe wird u. A. berichtet:

„Eigenthümlich ist dieser Heilanstalt, und deshalb besonders erwähnenswerth, der sogenannte Apparatensaal, in welchem alle nur denkbaren Vorrichtungen für eine zweckmäßige mediko-mechanische Behandlung angeordnet sind. Keines unserer bisherigen Krankenhäuser ist mit derartigen Apparaten versehen, denn diese mechanische Behandlung der im Sinne unserer Krankenhäuser-Verwaltungen geheilten Patienten liegt nicht im Bereiche der Aufgaben, welche unsere Krankenhäuser zu lösen hatten. Hier ergänzen die Zugewandten, lag aber in dem wohlverwogenen Interesse der Berufsgenossenschaften, und so wurde denn, der besonderen Aufgabe eines berufsgenossenschaftlichen Krankenhauses entsprechend, dieser Apparatensaal in den Arzneimittelhof des Krankenhauses eingereiht. An diesen Apparatensaal reiht sich gewissermaßen als die Probirstätte für den Erfolg der mechanischen Behandlung der Arbeitssaal. Hier sollen sich die krank gewordenen Arbeiter wieder allmählich an Erwerbsthätigkeit gewöhnen, hier soll die wiedergewonnene Leistungsfähigkeit der Hände und Füße an den Arbeitsgeräthen erprobt werden. Das sind neue und diesem Krankenhause eigenthümliche Einrichtungen.“

Diese Heilanstalt kostet 485000 M. Aus uneigennütziger Arbeiterfreundlichkeit haben die Herren der Berufsgenossenschaft diese Summe nicht ausgegeben, sondern weil sie „den Segen des eigenen Handelns erkannt“.

Wir gaben einleitend zu, daß Simulationen unter den Arbeitern vorkommen, weil heutzutage Thatsachen vorliegen und es uns überhaupt nicht einfallen kann, die Arbeiter als ein Schaar mangelhafter, reiner Engel darzustellen. Aber nichtsdestoweniger ist die Warnung sehr am Platze, die von den Unternehmern und ihren befreundeten Aerzten behaupteten Simulationen nicht ungeprüft und unbedenken hinzunehmen. Einige recht drastische Fälle der so beliebten „Simulationen“ enthält der für 1893 erstattete Jahresbericht des schweizerischen Arbeiterssekretariats.

Jungfer R., wird da erzählt, eine kerngesunde 20jährige Weberin, wird durch einen von oben herabfallenden Schraubenschlüssel am Kopfe schwer verletzt, so daß sie nach Hause getragen werden muß. Nach einigen Wochen ist die Wunde äußerlich geheilt, der Arzt erklärt sie für arbeitsfähig. Aber die vorher so fleißige und geschickte Weberin fühlt sich zu jeder, auch zur leichtesten Arbeit unfähig, das geringste Geräusch, sogar ihr eigener Schritt verursacht ihr Schmerzen und Schwindel. Sie wird zur Beobachtung in das Spital gebracht. Trotzdem ihr Zustand eher schlimmer als besser wird, findet ihr Klagen keine Beachtung. Die Wärterinnen verlangen von ihr Dienste, wie Linnenreinigen u., schelten sie Simulantin, Faulenzert u. Endlich wird sie auf ihr flehentliches Bitten aus dem Spital herausgenommen und mit der Bitte um Rath zu uns (auf das Arbeiterssekretariat) gebracht.

Wir schickten sie zu einem bekannten menschenfreundlichen Spezialisten, Professor S., der sie in Beobachtung und Behandlung nahm und bald ihr Leiden als Folge des Unfalls erkannte. Natürlich diktierte er vor Allem vollständige Enthaltung von jeder Arbeit auf mindestens ein halbes Jahr. Bezüglich der Hospitalkosten ertheilten wir Befehl, der Ausgang des Falles ist uns nicht mitgetheilt worden (wie meistens), wahrscheinlich aber ist gütliche Verständigung eingetreten.

Ein Banarbeiter erleidet durch Unfall einen Rippenbruch. Nach einigen Wochen wird er vom Arzte als geheilt erklärt. Der Verletzte aber empfindet auf der Brust, nicht an der Bruststelle, heftige Schmerzen und erklärt, unmöglich arbeiten zu können. Der Arzt hält das für Simulation, macht den Schluppspott an die Unfallversicherung und erklärt den Mann als arbeitsfähig. Die Unfallkasse stellt ihre Zahlungen ein, die Krankenkasse nimmt den Mann nicht auf die Krankenkasse, fieberglühend kommt er zu uns.

Wir schickten den Arbeiter zu einem anderen zuverlässigen Arzte und dieser findet, daß der Rippenbruch allerdings geheilt sei, daß aber der Mann an hochgradiger Brustfellentzündung erkrankt und arbeitsunfähig sei. Auf dieses Zeugniß hin mußte die Krankenkasse sich des Mannes annehmen.

So macht man aus den ehrlichsten und thätigsten schwerkranken Arbeitern gewaltigen „Simulanten“. Wir fragen: wie nennt man dieses leichtfertige, ja gewissenlos-verfahren von arbeiterfeindlich und kapitalfreundlichen gesinnten Aerzten, denen die Rücksicht auf die Unfallversicherung höher steht, als Gesundheit und Leben des Arbeiters, als

dessen und seiner Familie Interessen? Wir stehen nicht an, dieses Verfahren ein Verbrechen zu nennen.

Aber weiter. „Die unangenehmsten Fälle“, sagt das Arbeiterssekretariat, „und sie kommen leider oft vor, sind aber die, wo der Arzt nach einiger Zeit der Behandlung den Verletzten als für leichtere Arbeit tauglich erklärt. Der Arzt macht sich jedenfalls gar keinen Begriff davon, was er damit bewirkt. Die Unfall-Versicherungsgesellschaften (in Deutschland die Berufsgenossenschaften) lassen sich so etwas nämlich nicht zweimal sagen, sie gehen mit der Lohnentschädigung in der Regel sofort auf die Hälfte herab, unbekümmert darum, ob der Verletzte auch wirklich Gelegenheit findet, die andere Hälfte mit leichterer Arbeit zu verdienen.“

Man kann sich oft gar nicht vorstellen, was solche Aerzte für einen Begriff von leichter Arbeit haben, wenn z. B. ein Maurer, Bauhandlanger, Erdarbeiter, Zimmermann oder Schmied, der ein Bein gebrochen hat, endlich so weit hergestellt ist, daß er sich mit Mühe an einem Stock auf den Arbeitsplatz schleppen kann um dort nach Arbeit zu fragen. Der Meister kann natürlich einen solchen Arbeiter nicht verwenden und schickt ihn wieder heim. Die Unfallversicherung aber pocht auf ihren ärztlichen Schein. Wenn nun solche bejammernswürthe Leute zu uns kommen, müssen wir ihnen sagen, daß kein anderer Rath sei, als gegen den Meister auf Haftpflicht zu klagen, auch wenn der Meister, wie in den meisten Fällen, mit dem durch den ärztlichen Schein bewirkten Vorgehen oder Unfallversicherung gar nicht einverstanden ist und die volle Lohnentschädigung des Arbeiters für berechtigt hält.

Noch schlimmer wirkt ein solches Zeugniß, wenn der Meister, bei dem der Mann verunglückt, ihn versuchsweise für leichtere Arbeit anstellt, dann aber, weil er ihn nicht recht verwenden kann, nach regelrechter Kündigung entläßt, wozu er natürlich das Recht hat. Wer will dann den Armen „für leichtere Arbeit Tauglichen“ anstellen? Klagt er nun, so wird in der Regel die Einrede der Simulation erhoben: er könne schon schaffen, wenn er nur wolle! Dazu hält es schwer, einen Arzt zu finden, der dem behandelnden Arzte, der eben den famosen Schein ausgestellt hat, widersprechen möchte. Dann ist eben der Arbeiter einfach um sein Forderungsrecht gebracht und wir können ihm auch nicht helfen. Natürlich erzeugt das sowohl bei dem Betroffenen als in den Kreisen seiner Bekannten und Genossen nur Verbitterung. Jeder denkt, es könnte ihm auch einmal so ergehen!

Es ist gewissermaßen die Konsequenz solcher schlimmen Vorkommnisse, wenn der im September in Wien stattgefundene Kongreß deutscher Naturforscher und Aerzte die Resolution des Dr. Kaufmann aus Zürich annahm, welcher lautete: „Die Sektion der Unfallgesetzheilkunde der 66. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte in Wien stellt in Anbetracht, daß die staatlichen Unfallversicherungsgesetze die Unfallheilkunde vom Arzte verlangen, die Forderung, daß dieselbe in ihrer ganzen Ausdehnung, also sowohl die Behandlung der Unfallverletzungen als die Untersuchung und Begutachtung der Uebelthatsfolgen Gegenstand der ärztlichen Vorbildung sein sollte.“

Ueberdies folgt aus den Mittheilungen des Arbeiterssekretariats, daß der Arzt auch Sozialpolitiker sei, der sich vor Ausfertigung des in Unfallfragen allmächtigen ärztlichen Zeugnisses die Frage vorlege: wie kann der Arbeiter seine drei Viertel oder Hälfte oder ein Viertel Arbeitskraft gegen Arbeitslohn verwerten, wenn ihm um so viel die Gesundheit oder Rente geschmälert werden soll?

Aus unseren Darlegungen folgt, wie wichtig das Verhältnis des Arztes zur Arbeiterfrage ist.

„M. A. S.“

### Korrespondenzen.

#### Kollegen! Bergeht der Ausgesperrten nicht!

Zur Beachtung! Die geehrten Einsender von Berichten werden ersucht, dieselben nur auf schmalen Papier und nur auf einer Seite zu beschreiben.

**Bonn.** Protokoll vom 18. November 1894. Die leidlich belebte Versammlung wurde um 4 1/2 Uhr eröffnet und nach erfolgter Aufnahme neuer Mitglieder, sowie Einkassirung der Beiträge zur Tagesordnung übergegangen. Nach einem kurzen Rückblick auf das verfloßene Jahr forderte der Vorsitzende die Mitglieder auf, fest und treu zusammenzuhalten und die junge Zahlstelle trotz aller Anfechtungen hochzuhalten. Hieraus fand die Wahl des gesammten Vorstandes statt. Die Neuwahl eines Kassirers mußte wegen Abwesenheit desselben zur nächsten Versammlung verschoben werden. Es wurde sodann unter Punkt „Verschiedenes“ beschlossen, der Gewerkschaftsbibliothek gegen einen monatlichen Beitrag beizutreten.

**Frankfurt a. M.** Die am Donnerstag, den 22. November, stattgefundene Mitgliederversammlung des Zweigvereins der Brauer war außerordentlich gut besucht. Vom Vorsitzenden wurde mitgetheilt, daß der neugegründete Gesangverein die ihm zur Verfügung gestellten 50 Mark nicht beansprucht, sondern alles aus eigenen Mitteln bestreitet. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Entlassung von drei organisirten Kollegen in der Brauerei F. J. Jung“, wurde zunächst einem Mitgliede der Beschwerdekommision das Wort zur Berichterstattung ertheilt. Der Sachverhalt ist folgender: Ein Jahrbursche und ein Hilfsarbeiter waren zur Kontrolle, bei der dieselben etwa bis 1 Uhr Mittags beschäftigt waren. Sie gingen nun mit noch verschiedenen Kollegen in eine Jungliche Wirthschaft, um zu Mittag zu essen. Dort wurden sie veranlaßt, noch länger zu verweilen, bis es schließlich zu spät wurde, nochmals an diesem Tage in das Geschäft zu gehen, da es um 6 Uhr Feierabend ist. Am anderen Morgen entschuldigten sich die Weiden, wurden aber kurz dahin befchieden, daß sie entlassen seien. Der andere Fall betrifft einen Brauer, und

zwar einen der tüchtigsten Vertrauensleute der Organisation. Dieser hat sich folgendes schwerwiegende Vergehen zu Schulden kommen lassen. Er hat nämlich von einem frisch geholten Stein Bier, den er trinken wollte, im Malzhäusen in der Tenne den Schaum abgelassen. Der Obermälzer kam dazu und entließ den Mann sofort. Die wegen dieser Entlassung bei der Direktion vorstellig gewordene Beschwerdekommision führte dem Herrn Direktor Roße vor Augen, daß es doch eine drakonische Maßregel sei, wegen derartigen kleiner Vergehen einen Mann sofort der Arbeitslosigkeit zu überliefern, und daß ganz besonders der letzte Fall eine solche Kleinigkeit wäre, die dem Geschäft nicht den geringsten Nachtheil bringe; daß es jedem in Frankfurt beschäftigten Brauer geradezu unverständlich ist, wie man wegen solcher Vapallie einen Mann aufs Pflaster werfen kann. Die Beschwerdekommision sei zur festen Ueberzeugung gekommen, daß die vorgeführten Gründe nur Mittel zum Zweck seien, die organisirten Arbeiter aus dem Geschäft zu treiben. Herr Roße berief sich darauf, daß das Schaumablassen ganz energisch verboten worden sei und betreffs der Jahrburschen könne er unmöglich in einem so großen Betriebe derartige Vergehen durchgehen lassen. Betreffend des Verbots des Schaumablassens wurde von etwa 10 herbeigerufenen Mälzern durch 7 konstatiert, daß sie nichts von einem Verbot wußten und nur dreien war bekannt, daß kein Bier in das Malz geschüttet werden dürfe, von einem direkten Verbot des Schaumablassens konnten auch diese nicht bestimmt berichten; ferner wurde konstatiert, daß das Ablassen des Bieres allgemein Sitte der Brauereiarbeiter sei und betreffs der Aufrechterhaltung der Ordnung in einem großen Betriebe wurde konstatiert, daß noch in viel größeren Betrieben hier die Ordnung auch aufrecht erhalten wird, ohne daß derartige rigorose Entlassungen stattfinden. Fast einzig und allein mit der Brauerei Jung habe man immer und immer wieder diese Scherereien, wenn auch Herr Roße durch alle möglichen schönen Redensarten die Thatsachen verschleiern möchte, so hätte aber die Handlungsweise seiner untergebenen Vorderburschen gerade das Gegentheil bewiesen. Herr Roße konnte sich jedoch nicht dazu verstehen, die entlassenen Arbeiter wieder anzunehmen, obwohl er erst kürzlich einen der Harmoniebücherei huldigenden Arbeiter, der 1 1/2 Tag ohne Entschuldigung fehlte, nicht entließ. Die Versammlung möge nun entscheiden, welche Stellung eingenommen werden soll. Ein Mitglied beantragte, daß unbedingt energisch Stellung genommen werden soll, da es sonst keine Ruhe gebe. Hierauf referirte das Kommissionsmitglied Göller über den Fall. Auch er ist der Ueberzeugung, daß eine in andere Formen gehüllte Maßregelung vorliegt und daß es sehr notwendig wäre, Herrn Roße einmal wieder zu zeigen, wer sein Bier konsumirt. Aber in Anbetracht des Berliner Kampfes mahnte er, keinen voreiligen Beschluß zu fassen, um die Kräfte nicht zu zerplittern und für dieses Mal noch von einem Kampfe abzustehen; bei weiteren Vorkommnissen in der Brauerei Jung aber, wenn die Sachlage wieder so klar liegt, unbedingt vorzugehen. Nachdem noch verschiedene Redner zum Theil in gleichem Sinne, zum Theil für energisches sofortiges Vorgehen sich geäußert hatten, wurde folgende Resolution angenommen: „In Anbetracht der Ausführungen des Genossen Göller beantrage ich, die Anwesenheit der drei ausgesperrten Brauereiarbeiter dem Gewerkschaftskartell und dem Verbandsvorsitzenden zu unterbreiten und deren Entscheidung als bindend anzusehen. Staiger.“ Nur die in überzeugender Weise von Genosse Göller und verschiedenen anderen Rednern vorgebrachten Gründe zur Abfindung von sofortigem Vorgehen konnten die erregte Versammlung bestimmen, obenstehende Resolution anzunehmen, und ist der Direktion der Brauerei Jung nur zu rathen, nicht noch weiter die Arbeiter durch derartige Vorkommnisse zu reizen. Zu Punkt 2 wurde beschlossen, ein Wintervergügen in Form einer Weihnachtsfeier abzuhalten und zu diesem Zwecke eine Kommission von 8 Mann gewählt. Ferner wurde beschlossen, eine Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Brauereihilfsarbeiter auszuarbeiten. Göller tabelte den geringen Beitritt der Brauer zur politischen Organisation. Nach Erledigung einiger interner Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Hamburg.** Mitglieder-Versammlung vom 23. Nov. Kollege Deffner eröffnete um 9 Uhr die Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Gesuch des früheren Mitgliedes Otto Friedrich um Wiederaufnahme in den Verein nach kurzer Debatte bewilligt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Aufnahme neuer Mitglieder und Einziehung der Beiträge“, wurden 8 neue Mitglieder aufgenommen. Darauf ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, ihren Verpflichtungen besser nachzukommen. Beim 2. Punkt: „Arbeitsnachweis“, wurde nach einer lebhaften Debatte der Antrag angenommen, daß die Kollegen Klein und Deffner noch einmal bei sämtlichen Brauereien vorstellig werden sollen, betreffs Benutzung des Arbeitsnachweises. Zum 3. Punkt berichtete Kollege Tiege, daß am 2. Februar 1896 in Kleins Gesellschaftsgarten das Stiftungsfest stattfand, und forderte er die Kollegen auf, sich zahlreich daran zu beteiligen. Ferner wurde beschlossen, am 15. Dezember eine Versammlung abzuhalten mit einem Vortrage der Frau Steinbach, wozu sämtliche Brauer eingeladen werden sollen. Nach der Versammlung wird ein Längstränzen stattfinden. Unter Punkt 4: „Wahl eines Mitgliedes der Lohnkommission“, wurde Kollege Klein gewählt. Zu Punkt 5: „Bericht der Agitationskommission“, berichtete Kollege Klein. Derselbe bemerkte u. A., daß die Angstmeierei unter den Kollegen zu groß sei und daß es deshalb schwer sei, dieselben zur Organisation heranzuziehen. Schluß der Versammlung 11 Uhr.

**Stettin.** Am vergangenen Freitag tagte hier eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung. Kollege Wiehle referirte in einem 1 1/2-stündigen Vortrage über: „Ist die Organisation eine Nothwendigkeit?“ Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage wurden zwei Vertreter in das Stettiner Gewerkschaftskartell und ein Vertreter in dasselbe für den Kreis Randow-Greifenhagen gewählt. Nach einer



kurzen Diskussion wurde hierauf um halb 12 Uhr die Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

### Soziale Rundschau.

**In den Reihen der Staatslenker,** wenn wir so sagen wollen, hat sich in den letzten Wochen ein Personenwechsel in größerem Maßstabe vollzogen. Der Reichskanzler, Graf Caprivi, ist gegangen, an seine Stelle ist Fürst Hohenlohe getreten. Ebenso hat der preussische Ministerpräsident und Minister des Innern, Graf Eulen- burg, seinen Posten verlassen und an einen Herrn v. Köller abtreten müssen. Ferner sind der preussische Justizminister Dr. v. Schelling und Minister von Heyden gegangen; ihre Nachfolger sind zur Zeit, wo wir diese Zeilen schreiben, noch nicht bekannt. Inwieweit sich durch diesen Personen- wechsel die Stellung der Regierung zu den Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter ändert, ist noch nicht abzusehen, nur soviel scheint festzustehen, daß die neuen Personen den Gewerkschaftsorganisationen gegenüber keine freundlichere Stellung einnehmen werden, als ihre Vor- gänger.

Heißhungerige Kapitalisten versuchen die Regierung zu „energischerem Vorgehen“ gegen die Umsturzbestrebungen zu bestimmen, worunter sie verstehen, daß die Arbeiter noch mehr wie jetzt geknebelt werden sollen, damit sich die Ausbeutung leichter vollzieht. Leider ist die Machtbefugnis der Regierung in Deutschland noch groß genug, um auf diesem Gebiete kulturwidrige Maßnahmen treffen zu können. Thut sie es aber, dann trägt sie selbst zum Untergange dieser Machtbefugnisse bei, denn es ist undenkbar, daß sich eine Majorität des Volkes, die zweifellos unter solchen Maßnahmen schwer leiden muß, sehr lange vergewaltigen läßt.

Den Fortschritt halten die neuen Personen ebensowenig auf, als ihre Vorgänger, dessen sind wir gewiß! Der Fortschritt spottet jeder Gewalt, wie uns die Vorgänge in Italien darthun. Die dortige Regierung hat die Arbeitervereine unterdrückt, und sofort schlossen sich alle Parteien, denen es mit der Freiheit ernst ist, zu einer Freiheitliga zusammen.

In Rußland hat sich seit einem Jahrzehnt der Zar, der Tyrann, im Blute der Freiheitsmänner geradezu gebadet; jetzt ist er todt; bevor er starb, mußte er noch ge- wahr werden, daß der Fortschritt trotzig in Form eines Mani- festes sein Haupt erhob.

Wenn bei uns in Deutschland auch die Kleinbürger mit der Großbourgeoisie und den Großgrundbesitzern ge- meinjam nach Unterdrückung der Arbeiter schreien, sobald dahinzuliegende Maßnahmen von der Regierung unternommen werden, muß der „Mittelstand“ oder die „Mittelstände“ müssen denn doch einsehen, daß sich dadurch für sie nichts bessert. Die Gewaltherrschaft liegt im Interesse weniger Großer.

Von dieser Erkenntnis ausgehend, sehen wir muthig

in die Zukunft; mag sie bringen, was sie will, unser ist der Sieg trotz alledem!

### Quittung.

Für die Ausgesperrten gingen ferner ein: Aus München von den Kollegen der Eberl-Brauerei 27,50 Mk., von der St. Anna-Brauerei 14 Mk., von der Koehl- Brauerei 10,20 Mk., von der Unions-Brauerei 5,30 Mk., von der Jacherl-Brauerei 16,60 Mk., von der Augustiner- Brauerei 39 Mk., von der Leitz-Brauerei 36,10 Mk., vom Bürgerlichen Brauhaus 27 Mk., von der Sacker-Brauerei 23,10 Mk., von der Thomas-Brauerei 11,40 Mk., von der Löwen-Brauerei 73,85 Mk., ferner vom Kollegen Neumeier in München 3 Mk., Summa 287,05 Mk. Von den Kollegen der Brauerei Binding, Frankfurt a. M. 50,50 Mk., von den Kollegen der Brauerei Keutlinger, Frankfurt a. M. 18 Mk. Von den Kollegen der Aktien-Brauerei Marienthal, Wandsbeck, 20,30 Mk. Von den Verbandskollegen in Chemnitz 17,85 Mk. Durch Frischling von C. R. W., Gornitz 10 Mk. Durch das Altonaer Gewerkschaftskartell, 1. Rate 100 Mk. Auf der Hochzeit vom Kollegen Süßner gesammelt 30 Mk. Von den Kollegen der Löwenbrauerei, Hamburg, 7,40 Mk. Vom Kollegen H., Greifelt 1 Mk. Von den Kollegen der Aktienbrauerei St. Pauli, Hamburg, 13,50 Mk. Von den Kollegen der Brauerei Marienthal, Wandsbeck, 14,50 Mk. Von den Kollegen der Brauerei Gäff u. Seeger, Frankfurt a. M., 11,50 Mk. Von den Kollegen der Aktien-Brauerei Oberrad 15,50 Mk., der Brauerei Jung, Frankfurt, 13 Mk., der Brauerei Henninger, Frankfurt, 31 Mk.

A. Wiche.

### Briefkasten.

S. L., Zittau. Kostet 60 Pfennig. Besten Gruß.

### Versammlungs-Kalender.

#### Nischaffenburg.

Die regelmäßigen Monatsversammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat statt.

#### Dortmund.

Die Monats-Versammlungen finden jeden zweiten Sonntag im Monat, bei Wuttke, auf dem Berge 6, statt.

#### Düsseldorf.

Die Monatsversammlungen der hiesigen Zahlstelle finden jeden Freitag nach dem 1. eines jeden Monats statt.

#### Erfurt.

Die regelmäßigen Monatsversammlungen der hiesigen Zahl- stelle finden jeden ersten Dienstag im Monat im Restaurant zur Karthause statt, woselbst jederzeit neue Mitglieder aufgenommen werden.

#### Eberfeld.

Sonabend, den 8. Dezember 1894, Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Varbo König, Wirtshof. Die Tagesordnung wird dahelbst bekannt gegeben. — NB. Sämtliche Brauereiarbeiter, auch Nichtmitglieder, sind zu dieser Versammlung eingeladen.

### Essen a. d. R.

Die Monatsversammlung der hiesigen Zahlstelle findet Sonntag, den 2. Dezember, Nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Franzen statt. — Gleichzeitig werden die sämmtlichen Mitglieder er- sucht, ihre Beiträge zu entrichten, andernfalls ihre Mitgliedschaft erlischt.

### Fürth.

Unsere regelmäßigen Monats-Versammlungen finden jeden 2. Dienstag im Monat statt. Eine weitere Bekanntmachung unter- bleibt in Zukunft und werden die Kollegen ersucht, dies zu beachten.

### Gera.

Jeden Mittwoch nach dem 2. des Monats: Versammlung. Das Lokal wird extra bekannt gegeben.

### Gießen.

Die regelmäßige Monats-Versammlung findet stets den ersten Sonnabend im Monat statt. Dasselbst werden neue Mitglieder stets aufgenommen.

### Kiel.

Die regelmäßigen Monats-Versammlungen finden jeden 2. Dienstag im Monat statt.

### Leipzig.

Sonntag, den 2. Dezember, Nachmittags 2 1/2 Uhr, im Universitätskeller, Ritterstraße 7: Brauer- und Wirtshaus-Versammlung. Tagesordnung: 1. Das Resultat der ausgegebenen Fragebogen für sämmtliche Brauereiarbeiter. 2. Die Arbeitsverhältnisse in der Brauerei L. W. Naumann in Plagwitz.

### Lübeck.

Die regelmäßigen Monats-Versammlungen finden jeden ersten Mittwoch im Lokale des Kollegen Gastwirt Neumann statt.

### Mainz.

Unsere Monats-Versammlung findet jeden ersten Mittwoch im Monat statt.

### Mülheim a. Rh.

Die Monats-Versammlungen finden jeden ersten Freitag im Monat, Abends 8 1/2 Uhr, bei Müller, Wallstraße, statt.

### Stettin.

Die regelmäßigen Monats-Versammlungen finden jeden ersten Sonnabend im Monat statt.

Von den Zweigvereinen empfohlene

### Brauerverkehr:

Mitteleuropa: H. Dose, „Gasthof zum Kautentranz“, Hillaaffe. Amsterdam: M. Kroiß, Restaurant deutscher Hof, Warmoesstraat 5. Andernach: Karl Wolf, Brauer- und Küfer-Verkehr, Hochstr. 175. Berlin: Hermann Gärtner, Berlin, Mollatstraße 12, und Fritz Preuß, Neue Friedrichstr. 20 (in der Nähe des Bahnhofes Alexanderplatz). Bochum: Hotel und Restaurant von F. Döll, Bahnhofstraße. Braunschweig: Gasthaus „Bayerischer Hof“, Ch. Gering, Delschlagern 40. Brüssel: Müller, rue de la violette 6, und Jean Vandere- meulen, Boulevard d'Anderslecht 6. Breslau: M. Lubewig, Breitestraße 48. Dessau: Gasthaus zur Stadt Braunschweig, C. Schmidt, Leipziger- straße 24 b. Dortmund: J. Kriebel, Hauptbrauerverkehr, Stübengasse. — Heinz Brinmann, Westenhellweg 111. — Joh. Heinemann, 1. Kamp- straße 97. Duisburg: Aug. Köhlig, Universitätsstraße. Düsseldorf: Gasthaus zur „Neuen Welt“, Flingerstraße. — Schwarz, Restaurateur, Versammlungsort für Brauer, Gerresheimerstr.

### Inserate.

Wo befindet sich der Kollege **Hans Dürr?** Seine Kollegen in Nischaffenburg wollen ihm das Bild senden.

**Ein junger Lehrer,** groß und kräftig, repräsentationsfähig in jeder Beziehung, sucht Stellung zum 1. Januar als Reisender für eine Brauerei. Kaution kann event. gestellt werden. Offerten unter H. Y. an die Redaktion dieser Zeitung erbeten.

Bei einer zu erbauenden Thal- sperre in romantischer Gegend und in der Nähe größerer Städte wird der Bau einer größeren Restauration geplant und eine Brauerei gesucht, die die Anlage ganz oder zum Theil ausführte. Konzession ist gesichert. Off. unter H. 1894 durch die Expedition dieser Zeitung.

Sebe den Kollegen bekannt, daß sich mein **Schnitt-, Weiß- und Woll- waarengeschäft** jetzt **Maxplatz 33** befindet.

Ich erlaube mir dieser Bekanntgabe die Bitte beizufügen, mich bei bevor- stehendem Winterbedarf gütigst berück- sichtigter zu wachen.

**Joh. Schmidt, Nürnberg,** früher Karlerstraße.

### Berlin.

Mache allen Kollegen und Freunden die ergebenste Mitteilung, daß ich ein **Zigarrenversandgeschäft** eröffnet habe.

Liefere von 4 Mark an eine hochfeine Zigarre franco oder gegen Nachnahme. Tare die Aussperrung grünnen, etwas zu ergreifen, ersuche ich alle Kollegen, mich in meinem Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll **Hermann Richter,** Willibald-Alexisstr. 39, 2 Treppen.

### Wo befindet sich der Brauemeister **Adolf Halm?**

Um seine Adresse bittet die Expedition der „Brauereizeitung“.

**Normalhemden 2-3 Mk., reine Wolle 4 Mk.**  
**Maccohemden, verschieden.**  
**Bunte Hemden, mit doppelter Brust, 2,50 Mk.**  
**Socken, weiß und grau, 1 u. 1,10 Mk.**  
**Unterhosen, extra stark, 2,50-3 Mk.**  
in Größen von 4, 5 und 6 Strich.  
**Normal- und Maccounterhosen.**  
**Wollene Westen 3-7,50 Mk.**  
**Arbeitschößen (Ledert), 4-6 Mk.**  
in blau und braun gestreift.  
**Arbeitschößen (Granit), wais- schi, 4,50 Mk. (Farno) stark 5 Mk.**  
**Burglinhosen ff. 6-6,50 Mk.**  
**Mützen (Seiden), alle Mäster 2 Mk.** In Tuch und Woll 75 Pfa. bis 1,50 Mk.  
**Hilfshosen und Einziehantoffeln.**  
**Holzschuhe, einfach, 1,50 Mk.**  
**Brauerschuhe, stark, 2,50 Mk.**  
Brl. extra stark, 3 Mk.  
**Holzschuhe mit beweglicher Sohle und befohl 5,50 Mk.**  
Dabei gefüttert 1, 2 u. 3 Schnallen.  
**Koffer, orange, überzo. u. beschlag. 20 Mk.**  
extra stark 27 Mk.  
**Händtöcher, schw. Ledertuch 5 Mk.**  
mit Falten, braun Segeltuch 9 Mk.  
**Biertrüge, ganz Leder 18 Mk.**  
grau, 1 Str., m. Deckel 1,50 Mk.  
braun, 1/2 und 1 Str., mit und ohne Deckel.

**Manschettentücher, Kragen, Manschetten, Knöpfe, Hosenträger, Leibriemen, Etyette, Kravatten, Spazierstöcke, Taschenmesser, Portemonnaies, Briefkästen, Cigarren- etuis, Cigarren-Epiken u. s. w.** empfiehlt

**Joh. Dohm,** Kiel, Winterbelerstraße 12.

**Chemnitzer Holzschuhe** desgl. Schlappschuhe, Plüschschuhe, Mälzerpantoffeln.

**Brauer- und Mälzer-Mützen.**

**Herren-Kragen** zu jeder Mütze passend, von Mark 5.00 bis 30.00.

**Strandmütze** in Stoff und Seide, in jeder beliebigen Farbe, von Mk. 1.25-3.00.

**Stoffproben stehen franko zu Diensten.** Bei Bestellungen erbitte Kopfweite in Zentimetern anzugeben. Versand erfolgt p. Nachn.; bei 12 Stück franco.

**Carl Fiedler,** Schäferstraße 53, Dresden, Schäferstraße 53.

**Pelzmütze** in Seid, v. Mk. 2.50-3.50, in Murrel von Mk. 2.25-3.25, in Nutria von Mk. 10-15, Pelzhaare von Mk. 15-25.

**Jockey-Mütze** in allen Farben, von Mk. 1-1.75.

**Klappmütze,** Stoffmützen von 1-2 Mk., Seide und Atlas in schwarz u. bunt Mk. 2-2.50, in Seide Mk. 2.50-3.00.

**Pelzmütze** in Nat. 25 Pf. bis 2 Mk. theurer.

**Mannheim.** Halte allen Freunden und Kollegen mein **Gast- und Logirhaus** bestens empfohlen. Gute und billige Speisen und Getränke, sowie gutes und billiges Logis.

**Jacob Theilacker,** H 2. Nr. 3.

**Berlin.** Empfehle allen Kollegen mein neu eingerichtetes **Restaurant mit Centralherberge** Neue Friedrichstraße 20 (Ecke Königstraße, in der Nähe des Bahnhofes Alexanderplatz.) Hochachtungsvoll **Fritz Preuss.**

**Hochfeine Cigarren,** hell u. dunkel, versendet von 4 Mark an **Georg Leithner,** Cigarren-Versandgeschäft, Nürnberg, Jakobstraße 29.

**Mannheim.** „Zum kleinen Mayerhof“. Allen Mannheim besuchenden Fremden, Bierbrauereiarbeitern und Küfergehilfen die ergebenste Mitteilung, daß ich die altrenommierte Gastwirthschaft „Zum kleinen Mayerhof“ P. 6. 17, 18, erster und ältester Hauptverlehr der Bierbrauer und Küfer, übernommen und neu renovirt habe. Ich empfehle vorzügliche Betten, ausgezeichnete Speisen und Getränke bei billigster Berechnung hiermit aufs Beste. Gleichzeitig empfehle den Herren Prinzipalen, sowie Gehilfen meine kosten- losen Steckvermittlung. Hochachtungsvoll **Friedrich Steinmetz.**

**C. R. Wittber,** CHEMNITZ, Müllerstrasse Nr. 28, Fabrikant der altbekannten

**Reise-Handbuch** für wandernde Arbeiter. Mit 8 Karten, gebunden Mark 1.50. Durch J. Schorn, Nürnberg u. alle Buchhandl.